

# Sparen ja – Fakultäten streichen nein

Zweiter SVP-Angriff auf die Uni scheitert: Landrat will keine reine Hochschule für Life Sciences.

Hans-Martin Jermann

Klatsche für die SVP im Landrat. Vor dem Hintergrund der klammen Baselbieter Kantonsfinanzen lancierte sie einen zweiten Sparauftrag an die Adresse der Universität Basel - und scheiterte damit kläglich. Mit bloss 21 Ja- zu 58 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung versenkte das Parlament am Donnerstag einen Vorstoss der Reinacher Landrätin Caroline Mall.

Dieser verlangte unter dem Titel «Braucht Basel-Stadt eine Volluniversität?» eine breite Auslegeordnung zum Angebot der Uni. Bloss zwei Grüne plädierten mit der SVP-Fraktion für einen Prüfbericht der Regierung. Dagegen hielt mit auffälliger Vehemenz die FDP, die in früheren Jahren oft in den rechtsbürgerlichen Chor der Uni-Kritiker eingestimmt hatte.

## «Wollen wir uns wirklich 137 Studiengänge leisten?»

Vor zwei Wochen hatte der Landrat – mit 28 Ja- zu 52 Nein-Stimmen weniger deutlich – einen Vorstoss der SVP zur Kündigung des Universitätsvertrags abgelehnt. Doch mittlerweile scheint man im Baselbieter Parlament müde ob der ständigen Diskussionen. «Wir kennen alle die schwierige finanzielle Situation des Kantons. Die Regierung benötigt nicht noch mehr Zeichen», sagte der Binniger FDP-Landrat Marc Schinzel in der neuerlichen Uni-Debatte. «Lassen wir die doch mal in Ruhe arbeiten», doppelte Béatrix von Sury (Mitte, Reinach) nach.

Die Baselbieter Regierung verhandelt derzeit hinter den Kulissen mit ihren Basler Amtskollegen und der Uni über die Kantonsgelder für die Leistungsperiode 2026 bis 2029. Baselland will bei seinem Beitrag sparen. Allerdings stellt sich in diesem Kontext die Frage «Volluniversität ja oder nein» gar nicht. Denn: Eine Fokussierung auf einige Bereiche, wie sie der



Auch wegen der langen Tradition der Universität Basel will der Landrat derzeit nicht über den Sinn einer Volluniversität diskutieren.

Bild: zvg

## «Es ist legitim, die Vor- und Nachteile einer Volluniversität zu prüfen.»

Monica Gschwind  
Bildungsdirektorin (FDP)

Vorstoss fordert, könne die Uni nur langfristig im Rahmen einer neuen Strategie vornehmen, stellte Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) klar.

Gleichwohl zeigte sich Gschwind und mit ihr die Regierung bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen. «Es ist legitim, im Rahmen einer Auslegeordnung die Vor- und Nachteile einer Volluniversität und der einzelnen Studienrichtungen zu prüfen.» Nicht mehr und nicht weniger. SVP-Landrätin Mall verteidigte ihren Vorstoss energisch: «Es ist doch nicht verboten, darüber nachzudenken, ob wir uns wirklich 137 Studiengänge leisten wollen.» Sie wollte ihren Vorstoss nicht als Angriff auf die Uni verstanden wissen, wie ihr dies von der SP vorgehalten wurde.

### Modifizierte Fassung nach Kritik

Deren Fraktionschef Roman Brunner (Muttenz) kritisierte den Vorstoss harsch - und zeigte sich enttäuscht darüber, dass die

Regierung diesen auch noch entgegennehmen wolle. «Caroline Mall und die Regierung wollen die Uni in eine Fachhochschule für Life Sciences umwandeln», sagte Brunner. Doch eine Hochschule, die nur noch medizinisch oder wirtschaftlich auswertbare Bestandteile enthalte, sei keine Universität mehr.

Tatsächlich forderte SVP-Landrätin Mall in ihrem Vorstoss ursprünglich, dass die Regierung mit einer Änderung des Staatsvertrages mit Basel-Stadt eine Fokussierung der Universität auf Life Sciences anstrebt. Nach der Kritik krebste Mall zurück und legte eine modifizierte Fassung vor: Darin war nur noch von einer Auslegeordnung die Rede und davon, die Vor- und Nachteile einer Volluniversität aufzuzeigen. Die Forderung nach der Fokussierung liess Mall fallen.

Doch auch auf eine solche Auseinandersetzung zeigte die grosse Mehrheit wenig Lust. Dass ein Vorstoss mit solch gewichtigem Inhalt während der Debatte angepasst wird, taxierten mehrere Redner als unseriös.

### Kantone sollen der Uni nicht zu stark reinreden

An der Idee einer Volluniversität hält man bis weit ins bürgerliche Lager hinein fest. Dies wohl aus zwei Gründen: Einerseits anerkennt man auch im Baselbiet die lange Tradition der ältesten Universität der Schweiz. Da wirft man nicht einfach mal aus temporärer Geldnot eine Fakultät über Bord. Andererseits halten es wohl einige Parlamentarier schlicht für nicht stufengerecht, dass das Kantonsparlament selber zu stark Einfluss auf das Angebot der Uni nehme.